

# Luzerner Manifest zur Volksrepublik China

24. November 2021

Das erschreckende Ausmass an Menschenrechtsverletzungen, die massive Unterdrückung sämtlicher oppositionellen Bewegungen und die zunehmend aggressive Durchsetzung politischer, wirtschaftlicher und territorialer Interessen durch die Kommunistische Partei (KP) und die Regierung Xi Jinpings der Volksrepublik (VR) China drohen das internationale Menschenrechtssystem zu unterwandern.

Unter diesen Umständen ist «business as usual» keine Option. Politische und wirtschaftliche Entscheidungstragende müssen im Umgang mit der VR China die universellen Menschenrechte auf allen Ebenen und in allen Angelegenheiten einfordern. Darüber hinaus muss die internationale Gemeinschaft die klare Botschaft nach Peking senden, dass Menschenrechte nicht verhandelbar sind.

Da Menschenrechtsanliegen in Diskussionen über den Umgang mit der VR China auf der Jahrestagung des Europa Forum Lucerne einmal mehr kaum berücksichtigt werden, veröffentlichen die unterzeichnenden Parteien dieses Luzerner Manifest als dringenden Weckruf. Es zeigt Ausmass, Tragweite und Nichtwiedergutmachbarkeit der von der Regierung der VR China begangenen Menschenrechtsverletzungen klar auf und fordert ein entschlossenes Auftreten seitens der internationalen Gemeinschaft.



## **Die Unterzeichnenden stellen die folgenden Forderungen:**

### **An die Volksrepublik China**

- 1 Achtung, Schutz und Gewährleistung der Menschenrechte in der gesamten VR China
- 2 Unverzügliche Einstellung der militärischen und sonstigen Drohungen gegenüber Taiwan und volle Achtung der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung des taiwanesischen Volkes
- 3 Einführung von Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit in Hongkong im Einklang mit internationalen Abkommen
- 4 Friedliche Aushandlung des künftigen Status der besetzten Gebiete Tibet, Ostturkestan und der Süd-Mongolei im Einverständnis der betroffenen Bevölkerung und deren Vertretungen

### **An die Wertegemeinschaft demokratisch und menschenrechtlich orientierter Länder**

- 1 Verteidigung des Multilateralismus sowie von international anerkannten Menschenrechtsnormen in einer starken Allianz mit gleichgesinnten Staaten
- 2 Kohärente Aussenpolitik: Konsequente Einforderung der universellen Menschenrechte auf allen Hierarchieebenen und in allen Angelegenheiten
- 3 Einforderung einer friedlichen Lösung der Konflikte mit Taiwan, Hongkong und den besetzten Gebieten gemäss dem Willen und den Interessen der betroffenen Bevölkerungsgruppen
- 4 Einforderung der Respektierung der Menschenrechte und der oppositionellen Bewegungen
- 5 Klares und geschlossenes Auftreten gegenüber dem einschüchternden und aggressiven Auftreten der VR China
- 6 Diplomatischer Boykott der Olympischen Winterspiele Peking 2022

### **An die Führungspersonen aus der Wirtschaft**

- 1 Durchführung einer menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung nach UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen bei Firmenbeteiligungen, Importen, Exporten und Finanzierungen im Zusammenhang mit der VR China
- 2 Einfluss gegenüber Partnerfirmen nutzen, um Einhaltung der Menschenrechte zu fordern. Im Falle von Bedenken die Zusammenarbeit beenden, wenn keine Verbesserung erreicht wird und Verbindung mit Menschenrechtsverletzungen nicht ausgeschlossen werden kann
- 3 Erstellung und Umsetzung eines spezifischen Verhaltenskodex zur VR China
- 4 Kommunikation an Ämter der VR China mit Ausdruck ernster Besorgnis, Ersuchen um Informationen und Transparenz sowie Forderung nach unabhängigem Zugang zu Betrieben

### **An die Führungspersonen aus der Zivilgesellschaft:**

- 1 Menschenrechtsverletzungen durch die VR China müssen klar und deutlich als solche benannt werden
- 2 Menschenrechte dürfen bei der Förderung von ökologischer Nachhaltigkeit nicht ausgeklammert werden

## Hintergrund

In den letzten Jahren hat sich die **Menschenrechtssituation** in der Volksrepublik China deutlich verschlechtert. Der Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo wurde weggesperrt und starb 2017 in Haft. Chinesische Akademikerinnen und Akademiker, die sich kritisch gegenüber der Regierung äussern, werden entlassen. Der uigurische Wirtschaftsprofessor Ilham Tohti, dem das Europäische Parlament 2019 den Sacharow-Preis verlieh, wurde 2014 zu lebenslanger Haft verurteilt. Pressefreiheit existiert in der Volksrepublik nicht mehr. Oppositionelle werden verfolgt, verhaftet und oft gefoltert. Durch die Todesstrafe werden Menschen endgültig zum Schweigen gebracht und ihre Familien und Freunde stigmatisiert.

**Menschenrechtsanwältinnen und -anwälte** werden seit Beginn einer staatlichen Kampagne im Juli 2015 kriminalisiert. Damals sind über 300 Anwältinnen und Anwälte festgenommen worden. Der Anwalt Wang Quanzhang berichtete nach seiner Entlassung aus viereinhalb Jahren Haft, wie er während der Verhöre gefoltert wurde. Selbst nach dem Ende einer Haftstrafe hält die Regierung Personen oft in Hausarrest oder sperrt sie in eine Polizeistation.

Die **Religionsfreiheit** für Menschen islamischen und buddhistischen Glaubens sowie für Falun-Gong-Praktizierende wurde in den letzten Jahren drastisch eingeschränkt. Auch **christliche Gemeinden** werden unter Druck gesetzt, religiöse Symbole und religiöses Leben aus der Öffentlichkeit fernzuhalten, und Kreuze werden von Kirchen entfernt. Kirchengebäude, Moscheen und Klöster werden entweiht oder zerstört, selbst wenn sie mit offizieller Genehmigung errichtet wurden. Falun Gong-Praktizierende werden Opfer von Folter, Organraub und Mord durch die Behörden der VR China.

In **Tibet** verhaften Behörden der VR China willkürlich Aktivistinnen und Aktivisten. In der Haft werden die Tibeterinnen und Tibeter auf Anordnung der Führung der KP gefoltert und misshandelt, um Geständnisse zu angeblichen Vergehen zu erzwingen. Es ist verboten, ein Bild des Dalai Lama zu besitzen. 1995 wurde der 6-jährige 11. Panchen Lama von Tibet, eine wichtige Figur des tibetischen Buddhismus, von den kommunistischen Machthabern entführt. Der Panchen Lama und der Dalai Lama teilen eine einzigartige spirituelle Beziehung. Bis heute gibt es keine Spur vom inzwischen 31-jährigen Panchen Lama. Stattdessen hat die KP der VR China einen anderen Jungen, Sohn eines Mitglieds der KP, als Panchen Lama ihrer Wahl eingesetzt. Mehr als 10'000 Mönche und Nonnen wurden seit 2016 aus den grossen buddhistischen Lernzentren Larung Gar und Yachen Gar, die teilweise zerstört wurden, vertrieben und in Lager für ‚politische Umerziehung‘ gesteckt. Tibetische Kinder dürfen in den Ferien nicht in Klöster gehen, um dort die tibetische Sprache zu lernen. In Kindergärten muss seit Kurzem in Mandarin unterrichtet werden. Schulen, die die tibetische Sprache und Tradition pflegen, werden zwangsweise geschlossen und teilweise abgerissen. Aktivistinnen und Aktivisten, die sich für den Erhalt der tibetischen Sprache einsetzen, wie zum Beispiel Tashi Wangchuk, werden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Seit 2008 haben sich in Tibet 155 Menschen aus Protest und Verzweiflung über die Unterdrückung durch die VR China selber verbrannt.

In der **Süd-Mongolei** protestierten mongolische Eltern gegen die Ankündigung der Behörden der VR China, dass der Schulunterricht verstärkt auf Mandarin stattfinden soll. Tausende wurden daraufhin verhaftet. Die Regierung der Volksrepublik spricht von Zweisprachigkeit, aber de facto wird die mongolische Sprache zurückgedrängt.

In **Hong Kong** hat die Führung der VR China das Prinzip ‚Ein Land, zwei Systeme‘ abgeschafft und damit internationale Abkommen missachtet und faktisch ausser Kraft gesetzt. Mit dem Nationalen Sicherheitsgesetz wurde der Rechtsstaat unterbunden: Geheime Sicherheitsbehörden und der Polizei wurden weitreichende Befugnisse erteilt, das Recht auf ein faires Verfahren abgeschafft, die richterliche Aufsicht geschwächt und Zivilgesellschaft und Medien stark eingeschränkt. Als Konsequenz wagt die Opposition nicht mehr, ihre Meinung öffentlich vorzutragen. Immer mehr unabhängige Journalistinnen und Journalisten sowie NGOs wie Amnesty International verlassen Hongkong. Im Oktober 2021 wurde die Entfernung des einzigen Tian’anmen Mahnmals des Landes angeordnet – ein Angriff auf die wahrheitsgemässe Geschichtsschreibung.

In **Ostturkestan** (chin. Xinjiang) werden muslimische und türkischstämmige Bevölkerungsgruppen systematisch unterdrückt. Mehrere Parlamente und die US-Regierung haben die Situation als Genozid klassifiziert. Durch ein Regime vollständiger Überwachung und willkürlicher Inhaftierung werden Angehörige der uigurischen, kasachischen, kirgisischen und weiterer Bevölkerungsgruppen gezielt eingeschüchtert und zur Assimilation gezwungen. Seit 2017 wurden über 1,8 Millionen Menschen in Umerziehungslagern inhaftiert. Als Grund reicht ein zu langer Bart oder Kontaktaufnahmen zu Verwandten im Ausland. Uigurische Friedhöfe und Moscheen werden zerstört, Frauen zu Spiral-Einsetzungen und Sterilisationen gezwungen und Kinder zwangsweise in staatliche Internate gesteckt. Im Rahmen von ‚Berufsbildung‘ werden Häftlinge in Gefängnissen und Umerziehungslagern zur Arbeit gezwungen und sogenannte ‚Absolventen‘ bei ihrer Entlassung zwangsplatziert. Auch ‚überschüssige Arbeitskräfte‘ wie bspw. Bäuerinnen und Bauern werden in staatlich vermittelte Zwangsarbeit transferiert. Regierungsdokumente aus dem Jahr 2020 belegen die Platzierung von 2,6 Millionen Angehörigen von uigurischen und anderen türkischstämmigen Bevölkerungsgruppen in Ostturkestan und der ganzen VR China.

International setzt sich die Regierung der VR China immer aggressiver dafür ein, dass völkerrechtlich verankerte **Menschenrechtsnormen undefiniert** werden. Die KP lehnt jede Kritik als «Einmischung in innere Angelegenheiten» entschieden ab. Das wirtschaftliche Recht auf Entwicklung wird immer prioritär behandelt, während bürgerliche und politische Rechte als verhandelbar dargestellt werden. Dabei nutzt die VR zunehmend ihre wirtschaftliche Macht aus, um andere Länder zur Kooperation oder zum Schweigen zu bringen. Die gigantischen Investitionen im Rahmen der Belt and Road Initiative drohen Städte, Regionen und Länder in eine starke Abhängigkeit von China zu führen.

Seit Jahren verfolgt die VR China eine kostenintensive Strategie, um ihre **Softpower** im Kontext eines ideologischen Wettstreits auszubauen und ihren weltweiten Einfluss zu stärken. Die Olympischen Spiele, die im Februar 2022 in Peking und Umgebung stattfinden, bieten der Regierung der VR China einmal mehr die Möglichkeit, sich als angeblich weltoffen, friedlich und fortschrittlich zu präsentieren und gleichzeitig von der systematischen Unterdrückung abzulenken. Die im Rahmen der Olympischen Sommerspiele in Peking 2008 vorgebrachte Rechtfertigung, dass sich die Spiele als Katalysator für verbesserte Menschenrechte erweisen würden, hat sich ins Gegenteil verkehrt: Verletzungen der Menschenrechte nahmen dramatisch zu.

## Unterzeichnende

Dieses Manifest wird unterzeichnet von folgenden juristischen Personen:

European Federation of Taiwanese Associations



Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland



Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz



Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft



Hongkonger in Deutschland e. V.



Taiwan Association for Human Rights



Tibeter Gemeinschaft in der Schweiz & Liechtenstein



Tibetische Frauen-Organisation in der Schweiz



Uigurischer Verein Schweiz



Verein Tibeter Jugend in Europa



World Uyghur Congress

